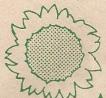
DIE GRÜNEN



Kreisverband Weilheim/Schongau

Auszug aus dem Kreisprogramm für die Kommunalwahl 1990

Die ökologische und soziale Zielsetzung grüner Politik läßt sich nur durch immer stärkere Entflechtung zentralisierter Politik und Wirtschaftsplanung verwirklichen. DIE GRÜNEN unterstützten daher alles, was die Kommunen stärkt und den Zentralstaat schwächt. Solche Einstellung schließt europäisches Denken nicht aus, sondern ist Voraussetzung für ein demokratisches, ökologisches, tolerantes Europa als Überwindung des politischen Diktats der Interessen von Großkonzernen.

DIE GRÜNEN müssen verstärkt ihre Politik in den Ge-

meinden und im Kreis einbringen. Nach sechs Jahren "ökologischem Gewissen" im Kreistag werden wir auch in Zukunft energisch gegen umwelt- und naturzerstörende Projekte, gegen frauenfeindliche Politik, gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen undemokratisches Verhalten ankämpfen.





Das andere Verkehrskonzept im Landkreis

Der Autoverkehr belastet Luft und Boden, gefährdet Gesundheit und Leben. "Autogerechte" Dörfer und Städte sind menschenfeindlich. Eine Gesellschaft, die aufs Auto setzt, verschleudert wertvolle Rohstoffe und entzieht künftigen Generationen die Existenzgrundlage. DIE GRÜNEN fordern die Stärkung des Umweltverbundes Rad-Bus-Bahn:

- Ausbau des Fahrradwegenetzes
- Unentgeltliche Beförderung von Fahrrädern
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
- Halbierung der Fahrpreise als erste Maßnahme
- Wiederinbetriebnahme der Bahnhöfe in Wielenbach und Polling
- Wiedereinrichtung der stillgelegten Bahnlinien Schongau/Landsberg und Schongau/Kaufbeuren
- Zusätzliche Züge zwischen Weilheim und München zu den Hauptverkehrszeiten
- Weiterführung der Bahnverbindung Schongau -Weilheim - Tutzing
- Zweigleisiger Ausbau der Strecke Tutzing Garmisch
- Verlegung des Güterverkehrs auf die Schiene
- Gleisanschlüsse für Industrieunternehmen

Einschränkung des Autoverkehrs

- Baustopp an der Westumgehung Schongau/Peiting
- Keine Umgehung Weilheim
- Keinen Neubau von Straßen
- Generellen Rückbau überbreiter Kreisstraßen
- Keinen Ausbau der Kreisstraße für die Stationierung der Patriotraketen in Guselried.
- Generelle Einführung von Tempo 80 auf allen Landstraßen und Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften

Müll

Die Deponie Erbenschwang wird z.Z. mit Millionenaufwand erweitert. Der Müllvermeidung wird keine Beachtung geschenkt. Industrie und Haushalt müssen dazu gebracht werden, unnötigen Müll gar nicht erst entstehen zu lassen. DIE GRÜNEN fordern:

- öffentlich zugängliche Müllkataster, damit bekannt wird, welche Abfälle in welchen Betrieben anfallen.
- die Förderung von abfallarmen und umweltverträglichen Produktionsverfahren

Sämtliche wiederverwertbaren Stoffe müssen gezielt vorher aussortiert werden. Damit wird der Restmüll auf ca. 20% des ursprünglichen Volumens reduziert. Deshalb:

- Müllsortierung am Ursprung: 4-Tonnen-System (Papier/Pappe, Plastik, Metall, Restmüll) für Gewerbemüll, 3-Tonnen-System für die Haushalte (Wertstoffe, Biotonne, Restmüll); Papier, Pappe, Metall und Glas im Bringsystem
- Dezentrale Recyclinghöfe um Wert-, Sperr- und Problemmüll getrennt abzugeben
- Förderung der privaten Kompostierung
- Keine Klärschlammverbrennung in Erbenschwang oder anderswo
- eine kommunale Studie über die Zusammensetzung des Klärschlamms. Nur wenn die Vergifter bekannt sind, kann etwas gegen sie unternommen werden
- Schließung der Deponie Erbenschwang
- Überprüfung und Sanierung aller Deponien
- Eine Kommunale Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen und Einwegprodukte
- PVC-Verbot
- Hauptberufliche MüllberaterInnen.

Keine Müllverbrennung im Landkreis oder anderswo

Kurzprogramm: Auflage 45000 Stück V.i.S.d.P.: Dirk Kutsche, Altenstadter Str.17,

8920 Schongau

Die ausführliche Programmfassung ist für eine Schutzgebühr von 1.-DM erhältlich bei allen Veranstaltungen der GRÜNEN im Landkreis oder bei: Birgit Hammer, Hauptstr.15a, 8125 Huglfing, Dirk Kutsche, Altenstadter Str.17, 8920 Schongau oder Michael Sendl, Ludwigstr.33, 8123 Peißenberg.

Wasser - Boden - Luft

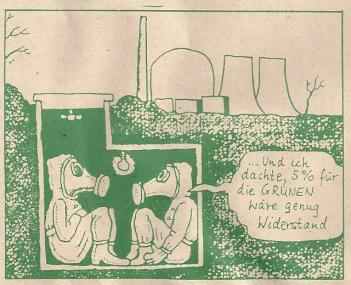
Die neuen EG-Grenzwerte für Pestizide etc. im Trinkwasser können von ca. 30% der Wasserversorgungszentren nicht eingehalten werden. Die vielfältigen Umweltsünden ruinieren unsere Lebensgrundlagen. Deshalb fordern wir:

- Verbot für Herbizide, Pestizide und Mineraldünger
- Einschränkung der Gülleausbringung
- Erhaltung der dezentralen Wasserversorgung
- Getrennte Trink- und Brauchwasserversorgung
- keine Neuansiedlungen bzw. Erweiterungen von luft- und wasserverschmutzender Industrie.
- energisches Vorgehen gegen existierende Luft- und Wasserverschmutzer, wie Boehringer, Gnettner, Haindl, Moralt, Siemens ...

Energie

Unser Ziel ist eine dezentrale Energieversorgung unabhängig von den Knebelungsverträgen mit den Energieversorgungsunternehmen:

- Kündigung der Konzessionsverträge
- Aufbau einer ökologisch sinnvollen, dezentralen Energieerzeugung
- Ausrüstung der kreiseigenen Gebäude mit Solaranlagen (z.B. Weilheimer Schwimmbad)
- Keine Elektroheizungen in öffentlichen Gebäuden
- Einstellung einer Energieberaterin



Naturschutz

"Und sie sägten an den Ästen, auf denen sie saßen, und schrien sich zu ihre Erfahrungen, wie man besser sägen könne! Und fuhren mit Krachen in die Tiefe. Und die ihnen zusahen beim Sägen, schüttelten die Köpfe und sägten kräftig weiter." (Bert Brecht)

DIE GRÜNEN sind die einzige Partei, die eine tatsächliche ökologische Wende anstrebt. Ökologie muß gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht werden. Wir fordern:

- Vernetzung von Biotopen. Förderung und Unterstützung von Neupflanzungen.
- Sofortige Einstellung des Torfabbaus
- Renaturierung aller Bäche und Flüsse.
- Ausweitung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete.
- Kein Salz mehr auf Bayerns Straßen.

Landwirtschaft

DIE GRÜNEN fordern eine wirkliche Förderung der ökologischen, bäuerlichen Landwirtschaft:

- Beratung der Landwirte bei ökologischen Fragen
- Reine Erzeugermärkte in den Gemeinden.
- Eine Beraterin für die Direktvermarktung
- Finanzielle Unterstützung der biologischen Anbauverbände
- Verpachtung kommunaler Grundstücke ausschließlich an kleine biologisch wirtschaftende Bauern

In der Politik des Landkreises spielt die Landwirtschaft nur dann eine Rolle, wenn es um die Abfallbeseitigung geht. Für die Gemeinden sind die Bauern eine willkommene und billige Möglichkeit, ihren schwermetallverseuchten Klärschlamm zu "entsorgen". Dies ist eine bewußte Vergiftung unserer Lebensgrundlagen Boden und Wasser.

Kultur

DIE GRÜNEN halten eine kulturelle Erneuerung im Landkreis für notwendig. Unter dem Begriff alternative Kunst und Kultur verstehen wir Ausdrucksformen, deren Thematik uns Menschen im Landkreis unmittelbar betrifft, aufmerksamer macht und weiterbildet. Deshalb unterstützen DIE GRÜNEN:

- Errichtung eines Fonds zugunsten alternativer Initiativen und Initiatoren.
- Unterstützung ansässiger Theater-, Musikgruppen, FilmemacherInnen bei der Suche und Finanzierung von Räumen und Werkstätten
- Finanzielle Beteiligung an Kulturzentren in den Gemeinden
- Förderung von Kinder-, Senioren- und Behindertenprojekten sowie Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen und Betätigungen von AusländerInnen.

Schule

Das gegenwärtige Schulsystem in Bayern praktiziert einen deutlichen Auslesemechanismus, in dem verantwortungsloses Konkurrenzdenken, Leistungsdruck und Streß den Alltag bestimmen. DIE GRÜNEN haben folgende Vorstellungen:

- dezentrale, überschaubare Gesamtschulen
- Reduzierung der Anfangsbenotung
- Integrationsmaßnahmen diskriminierter Gruppen
- Einrichtung von Hausaufgaben- und Familienbetreuung
- Umwelterziehung als eigenes Schulfach
- Unterstützung anderer Schulformen (Montessori-, Waldorfschulen), damit sie auch für sozial Schwächere zugänglich werden.
- Mitbestimmung der Schüler bei Schulraum- und Pausenhofgestaltung

Jugend

Im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Drogenmißbrauch haben die etablierten Parteien bisher kläglich versagt, da sie die Themen nie ernsthaft aufgegriffen haben. Im Landkreis gibt es viele Möglichkeiten die Situation der Jugendlichen zu verbessern:

- Mindestens zwei Vollzeitstellen pro Jugendzentrum
- Einrichtung von Selbsthilfegruppen gegen Jugendarbeitslosigkeit

- Konzepte zur Vorbeugung von Jugendarbeitslosigkeit
- Vernetzte Problemberatung in Schulen und Jugendzentren (Drogen-, Schülerberatung, ...)
- Bereitstellung von Räumen für Initiativen und Gruppen (Theater, Konzerte, Ausstellungen ...)
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Jugendgruppen
- Mitspracherecht bei Planungen.

Frauen

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. In den Parlamenten sind sie meistens nur mit einem Anteil von 20% vertreten. Nur wenn sich mehr Frauen als bisher in die Politik einmischen kann sich etwas ändern. Für den Landkreis haben wir folgende Ziele:

1. Einrichtung einer Gleichstellungsstelle

Aufgaben der Gleichstellungsstelle:

- Anlaufstelle bei Diskriminierungen
- Unterstützung bei der paritätischen Besetzung von Arbeitsplätzen
- Kritische Prüfung aller Unterlagen, die dem Kreistag vorgelegt werden. Rederecht und Vetorecht, falls diese frauenfeindlich sind.
- Zusammenarbeit mit Frauengruppen
- Erstellen eines Frauenförderplanes.

2. Keine Gewalt gegen Frauen

Wichtige Forderungen sind:

- Einrichtung eines Frauenhauses für den Landkreis mit mindestens 10 Plätzen. DIE GRÜNEN setzen sich für einen Zusammenschluß autonomer Frauen, die selbstbestimmt und selbstverwaltet arbeiten, als Träger des Frauenhauses ein.
- Einrichtung eines rund um die Uhr besetzten Notruftelefones.
- Einrichtung eines Nachttaxis
- Komunale Plakatflächen dürfen nicht für frauenfeindliche Werbung zur Verfügung gestellt werden.

3. §218

DIE GRÜNEN setzen sich seit langem für die Abschaffung des §218 ein. Aufgabe ist es, Bedingungen zu schaffen, die es Frauen und Männern erleichtern, sich für ein Leben mit dem Kind zu entscheiden. Letztendlich entscheidet die Frau aufgrund ihres Selbstbestimmungsrechts. DIE GRÜNEN fordern:

- Unterstützung einer ProFamilia-Beratungsstelle
- Es muß die Möglichkeit gegeben werden, daß Schwangerschaftsabbrüche durch geeignete Ärztinnen bei allen Krankenhausträgern durchgeführt werden.

4. Frauen und Beruf

Frauen leisten weltweit zwei Drittel der Arbeit, erhalten aber nur ein Zehntel des Einkommens und besitzen nur ein Prozent des Eigentums.

- Familienfreundliche Arbeitszeiten.
- Mehr Plätze in Krippen, Kindergärten und Horten.

Alte und behinderte Menschen

"Das Schicksal, das sie ihren nicht mehr arbeitsfähigen Mitgliedern bereitet, enthüllt den wahren Charakter der Gesellschaft." (Simone de Beauvoir)

Die soziale Absicherung ist nicht ausreichend. Viele Menschen leben unter dem Existenzminimum. In der BRD leben 550.000 alte Frauen und 130.000 alte Männer von weniger als 600 DM im Monat. Wir fordern im Landkreis:

- Mindestrente von 1200 DM
- Kleine innerörtliche Pflegestationen
- Die Förderung von Wohngruppen
- Die Einrichtung eines Altenbeirats
- Personelle Aufstockung des Dienstes "Essen auf R\u00e4dern"

Oberstes Ziel muß es sein, alten Menschen das Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen.

Die BürgerInnen sind nicht machtlos!



Behinderungen, ob körperlich oder geistig, sind in unserer Gesellschaft mit Ausgrenzung verbunden. Die Integration muß der Normalfall werden:

- Gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder
- Die Vorschrift, 6 % Behinderte zu beschäftigen, wird von vielen Betrieben durch eine viel zu geringen Abgabe umgangen. Diese Abgabe muß abgeschafft werden.
- "Barrierefreiheit": Behinderten muß der Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen möglich sein.
- Umrüstung von Bussen und Bundesbahneinrichtungen
- Sofortige Absenkung aller Gehsteige.
- Kein weiterer Bau von großen Behindertenheimen
- Bau von kleinen Wohneinheiten im "normalen" sozialen Umfeld.
- Kurzzeitpflegestationen
- Behindertenbeirat mit Initiativ- und Vetorecht im Kreistag

Gesundheitswesen

Gesundheit bedeutet körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden. Das bestehende "Gesundheitssystem" ist einseitig auf Reparatur von Krankheiten und Beseitigung von Symptomen beschränkt. Wir fordern:

• Einrichtung eines ambulanten Gesundheitszentrums.

• Einstellung einer Gesundheitsberaterin

 Vollwerternährung und Angebot vegetarischer Kost in stationären und ambulanten Einrichtungen

Möglichkeiten für die natürliche Geburt

• Mutter/Vater-Kind Zimmer

 Neue Planstellen und bessere Vergütung im Pflegebereich

 Zulassung naturkundlicher Heilverfahren im Krankenhaus

Abschaffung der Privatstationen

 Psychologische Betreuung von PatientInnen und Personal

Sozialdienst f
ür Nachsorge von Langzeitkranken



raum als auch kollektives Leben ermöglichen. Unsere Forderungen im sozialen Wohnungsbau:

Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen

• Sofortige Schaffung von sozialem Wohnraum.

• Erhaltung preiswerter Wohnungen statt Neubau

Die Fehlbelegungsabgabe muß erhöht werden

Kommunale Friedenspolitik

Sinnvolle Kommunalpolitik ist nur durch Abrüstung

möglich. Denn wie sollen nötige Aufgaben im Sozial- und Umweltbereich gelöst werden, wenn die Gelder statt dessen in die Rüstung fließen? Auch die Bevölkerung im Oberland ist von dieser Politik betroffen.

Wir setzen uns deshalb ein für:

• Verhinderung der "Patriot"-Stationierung

Keine "Patriot" Raketen nach Guselried oder anderwo

- Auflösung des Bundeswehrübungsplatzes Guselried
- Militärfreie Zone, keine Atomtransporte
- Vollständigen Tiefflugstopp
- Boykott aller kriegsvorbereitenden Maßnahmen

• Unterstützung der Frie-

densbewegung im Oberland

Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion

Statt NATO-Weiterhochrüstung und großdeutscher Wiedereinverleibung wollen wir ein blockfreies, abgerüstetes Europa, in dem die Völker selbstbestimmt friedlich miteinander leben und arbeiten!

Finanzen

Der Landkreis Weilheim/Schongau gehört zu den am meisten verschuldeten in ganz Bayern. Die Verschuldung wird zum Jahresende bei ca. 90 Mio DM liegen. Dies bedeutet eine pro Kopf Verschuldung von über 900,- DM. Die GRÜNEN warnen seit Jahren vor der ständig steigenden Verschuldung. Die einseitige Förderung des Individualverkehrs kostete die Steuerzahler innerhalb von sechs Jahren 20 Millionen DM. In den Jahren 1986 bis 1990 wurden mit einem Aufwand von über 40 Millionen DM neue Sportplätze und -hallen gebaut. Dafür blieben dringend notwendige Maßnahmen wie der soziale Wohnungsbau, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, ökologische Maßnahmen auf der Strecke.

DIE GRÜNEN werden trotz der unnötigerweise katastrophalen Haushaltslage die Mittel für sozial und ökologisch notwendige Projekte einfordern.

AUSLÄNDER FEINDLICHKEIT

"Jeder Mensch ist Ausländer, fast überall" (Karl Valentin)

Soziale Mißstände wie Wohnungsnot, hohe Arbeitslosigkeit und Armut fördern den Unmut in unserer Gesellschaft. Dies drückt sich in ausländerfeindlichen Parolen, Diskriminierung und hohen Stimmenanteilen für die Rechtsparteien aus. AsylbewerberInnen haben, außer mit massivem Fremdenhaß, mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Toleranz und Achtung auch diesen Mitmenschen gegenüber sind eine wichtige Voraussetzung für ein zufriedenstellendes Zusammenleben. Wir fordern:

Aufnahme aller Flüchtlinge

• Kommunales Wahlrecht für AusländerInnen

• AusländerInnenbeirat mit Initiativ- und Vetorecht

• Einstellung einer/s Ausländerbeauftragten.

Aufhebung des Arbeitsverbotes

Kostenlose Sprachkurse

• Förderunterricht für Kinder an den Schulen

• Psychologische Betreuung

WOHNEN UND BAUEN

Schöne, preiswerte und geräumige Wohnungen sind ein Grundbedürfnis und Menschenrecht; sie müssen Profitinteressen entzogen werden. Wir wollen Wohnanlagen, die sowohl individuellen Rückzugs-